

Von: Krings Guenter  
Betreff: Gesetzabschaffendes Referendum  
Datum: 6. Juli 2015 11:12  
An: info@dialog-2015.de



Sehr geehrter Herr Beil,

haben Sie vielen Dank für Ihre Anfrage.

Gerne bin ich bereit zu der Idee eines gesetzabschaffenden Referendums Stellung zu nehmen.

In unserer repräsentativen Demokratie werden die Gesetze durch die vom Volk gewählten Vertreter verabschiedet. Zwar sind auch Abstimmungen durch das Volk grundsätzlich vorgesehen (Art. 20 Abs. 2 S. 2 GG), sie sind jedoch vom Grundgesetz – mit Ausnahme einiger Fragen, die die Veränderung der Ländereinteilung im Bund betreffen – nicht weiter zugelassen. Da das Gesetzgebungsverfahren in den Art. 76 ff. GG abschließend geregelt ist, ist für die Einführung eines gesetzabschaffenden Referendums zunächst eine Grundgesetzänderung und damit eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag erforderlich.

Abgesehen von dieser wohl nicht einfach zu überwindenden Hürde, birgt ein gesetzabschaffendes Referendum Gefahren für unsere Rechtsordnung. Unsere Gesetze sind Teil eines ausdifferenzierten Regelungssystems, welches bei Wegfall einer einzelnen Regelung Lücken aufweisen kann, die viel komplexere Antworten als ein einfaches „JA“ oder „NEIN“ erfordern würden.

Außerdem birgt ein gesetzabschaffendes Referendum Gefahren im Hinblick auf populistische Effekte. Da die direkte Demokratie bei den Bürgern ein hohes Maß an politischem Engagement voraussetzt, besteht auch bei einem gesetzabschaffenden Referendum die Gefahr, dass populistische Minderheiten die eigentliche Mehrheit bestimmen. Plebiszite wären aus meiner Sicht allenfalls diskutabel, wenn sie entsprechend hohe Quoren vorsehen, um die Mehrheit gegen eine aktivistische Minderheit zu schützen. Sie nennen den Vorschlag von Prof. Dr. Patzelt. Dieser bietet allein mit einem Eingangsquorum von 2,5 % ohne weiteres Beteiligungsquorum einen solchen Schutz ganz offensichtlich nicht. Die Erfahrungen aus mehreren Jahrzehnten direktdemokratischer Elemente auf Länderebene zeigen aber auch, dass die Beibehaltung hoher Quoren leider unrealistisch ist. Das Scheitern von stark medial begleiteten Volksabstimmungen an einem Quorum erhöht sofort den Druck, diese Quoren abzusenken, damit die angeblich demokratische Mehrheitsentscheidung tatsächlich auch politisch respektiert werde.

Deshalb bieten die Parteien das beste Forum für eine verstärkte demokratische Partizipation. Sie werden von der Verfassung besonders hochgehalten und bieten in Deutschland große Mitwirkungsmöglichkeiten auch außerhalb von Wahlen für all diejenigen Bürger, die sich intensiver und öfter in politische Entscheidungsprozesse einbringen wollen. Die Entwicklung

intensiver und öfter in politische Entscheidungsprozesse einbringen wollen. Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt auch, dass unser Parteiensystem keinesfalls eine geschlossene Veranstaltung ist, denn Neugründungen gab es in den letzten Jahren zuhauf und sie waren nicht selten auch bei Wahlen erfolgreich.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Günter Krings

---

Dr. Günter Krings, MdB

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel.: 030 / 227-73060  
Fax: 030 / 227-76058

[guenter.krings@bundestag.de](mailto:guenter.krings@bundestag.de)  
[www.guenter-krings.de](http://www.guenter-krings.de)